

# Damit der schönste Beruf auch ein attraktiver Beruf ist

**Ist die Pflegeinitiative «der Schlüssel zu einer besseren Gesundheitsversorgung»? Darüber debattierten SBK-Geschäftsführerin Yvonne Ribi und Stefan Spycher, Vizedirektor des Bundesamts für Gesundheit, am Fokus Gesundheit der Berner Fachhochschule.**

Text: Martina Camenzind

Moderator Urs Brügger, Direktor der Berner Fachhochschule Gesundheit, konnte nach den Eröffnungsvoten von Yvonne Ribi und Stefan Spycher bereits einen Teilkonsens ausmachen: Erstens: Pflege ist ein wichtiger Teil der Gesundheitsversorgung. Und Zweitens: Der Fachkräftemangel und die hohe Auslandabhängigkeit sind ein grosses Problem. Die Debatte drehte sich daher im Wesentlichen um zwei Punkte: Ist die Volksinitiative und damit die Verfassungsänderung der richtige Weg, um die bestehenden Probleme zu lösen und zweitens – wenig verwunderlich – die Frage nach den Kosten.

## Das letzte Mittel

«Wir befinden uns schon im Jahr 18 des politischen Einsatzes für die Pflege.» Mit diesen Worten erinnerte Yvonne Ribi die gut 70 Anwesenden daran, dass Nationalrat Rudolf Joder bereits 2001 eine Motion zugunsten der Pflege eingereicht hatte. «Nachdem diese Motion gescheitert war und der Nationalrat auf die 2011 lancierte parlamentarische Initiative «Gesetzliche Anerkennung der Verantwortung der Pflege» nicht einmal eingetreten ist, sind uns einfach die parlamentarischen Werkzeuge ausgegangen.» Um die Situation der Pflegenden in der Schweiz zu verbessern, blieb als

letztes Mittel die Volksinitiative. «Nur so konnten wir dafür sorgen, dass die Pflege im Parlament diskutiert wird und nur so kommen wir zu einer konsolidierten gesetzlichen Grundlage.»

Dem Bund seien die Schwierigkeiten im Bereich des Pflegepersonals schon vor der Volksinitiative bekannt gewesen, erklärte BAG-Vizepräsident Stefan Spycher. Und er habe auch Massnahmen ergriffen, so z. B. den Masterplan Bildung Pflegeberufe (2010–2015), das Gesundheitsberufegesetz oder Massnahmen im Bereich Langzeitpflege im Rahmen der Fachkräfteinitiative. Dazu kämen Massnahmen in den Kantonen,

nachdem die Versorgungsberichte der GDK das Problem des fehlenden Nachwuchses aufgezeigt hatten. Es sei also nicht so, «dass man in den politischen Sphären ignoriert, dass es einen gewissen Handlungsbedarf gibt». Dass der Bundesrat die Pflegeinitiative dennoch ablehne, sei vor allem auf zwei Gründe zurückzuführen: Zum einen sei er der Meinung, dass der Verfassungsartikel 117a zur medizinischen Grundversorgung auch die Pflege abdecke. Zum anderen befürchte er Mehrkosten, wenn Pflegefachpersonen selbständig abrechnen können, da mehr Leistungen erbracht würden, als «unbedingt notwendig».

Stefan Spycher vom BAG (r.) erklärt Yvonne Ribi und Urs Brügger die Sicht des Bundesrats auf die Pflegeinitiative.  
Foto: BFH



## Mehr- oder Minderkosten?

Nachdem Stefan Spycher zugegeben hatte, dass der Bundesrat die Pflegeinitiative auch abgelehnt hätte, wenn «nur» eine Änderung von Art. 117a verlangt worden wäre, in dem bis anhin nur die Hausärzte explizit genannt sind, drehte sich die Diskussion um Punkt zwei, das liebe Geld. Der Krankenkassenverband hatte verlauten lassen, dass die Pflegeinitiative mehrere Milliarden kosten würde, während z. B. bereits bei der parlamentarischen Initiative Joder argumentiert worden sei, dass man Kosten sparen könne. «Wie soll das gehen, dass man der Pflege mehr gibt, ohne dass es zu Mehrkosten kommt?» fragte Urs Brügger. Yvonne Ribi machte, gestützt auf internationale Forschung deutlich, dass sich Investitionen in die Pflege lohnen: «Mit einem höheren Anteil an diplomierten Pflegefachpersonen können Kosten gespart werden, indem Komplikationen, Wiedereintritte, Dekubiti usw. vermieden werden, die unnötige Behandlungskosten nach sich ziehen.» Die Voraussage der Versicherer sei populistische Stimmungsmache: «Eine seriöse Kostenprognose müsste zahlreiche Faktoren berücksichtigen: die tatsächliche Entwicklungen von Demografie, Krankheiten, Komorbiditäten, Entwicklungen im Pharmabereich und so weiter.» Dazu gebe es schlicht keine verlässlichen Daten. Auch das Argument des Bundesrats, die selbständige Abrechnung würde dazu führen, dass mehr Leistungen abgerechnet würden, liess sie nicht stehen: «Es ist eine Unterstellung, dass die Freiberuflichen – denn um diese gut 2000 (oder rund 2 Prozent) Pflegefachpersonen geht es dabei in erster Linie – einfach mehr Leistungen abrechnen würden. Erstens wird der Pflegebedarf mit bewährten Assessmentinstrumenten erfasst. Zweitens müssen die Kassen bereits jetzt die Leistungen kontrollieren, ob sie den WZW-Kriterien entsprechen. Und schliesslich kommt es praktisch nicht vor, dass Hausärzte Leistungen streichen, die in der Bedarfsabklärung erfasst wurden.» Die Argumentation des Bundesrats sei also «nicht schlüssig». Die Angst des Bundesrats vor höheren Kosten fusse vor allem auf der Feststellung, dass die Tarifsysteme auf Einzelleistungen basieren und damit Anreize beinhalten, mehr zu tun als eigentlich nötig, argumentierte Stefan Spycher. Den Denkfehler hinter dieser Argumen-

tation legte Yvonne Ribi offen: «98 Prozent der Pflegefachpersonen sind angestellt und haben einen fixen Monatslohn. Sie haben keinen Anreiz, mehr anzuordnen.»

## Qualität vs. Effizienz?

Während die Pflegeinitiative als Versorgungsinitiative eine qualitativ hochstehende Pflege fordert – z. B. mithilfe einer Nurse-Patient-Ratio – sehe der Bundesrat auf der anderen Seite Möglichkeiten, die Effizienz zu steigern, erklärte Spycher. Ein Stichwort dazu sei die Digitalisierung, die im Gesundheitswesen nicht so genutzt werde, wie es eigentlich möglich wäre. Zum anderen sähe man z. B. in Deutschland, «dass mit weniger Personal die gleichen Leistungen erbracht werden könnten.» Abgesehen davon, dass wohl keine Pflegefachperson Deutschland als anstrebenswertes Vorbild sehe, kritisierte Yvonne Ribi die hinter diesem wirtschaftlichen Effizienzmodell stehenden Ansätze: «Effizienzsteigerung passiert

hier durch Rationalisierung und Spezialisierung.» Die Folge davon sei eine immer weitergehende Fragmentierung der Pflege, was auf Kosten der Qualität gehe, z. B. wenn onkologische Patienten übermässig Gewicht verlieren, weil das Essen in die Zuständigkeit der Hotelfachangestellten gehört und nicht in jene der Pflege, und das Risiko für den Patienten deshalb nicht erkannt wird. «Ich gehe hier lieber in Richtung Care-Ökonomie, die Beziehungen ermöglicht und einen Rahmen bietet für die Genesung. Wir sind überzeugt, dass diese Form der Effizienz letztlich kostengünstiger ist.»

## Was ist das Fazit?

Was sicher ist: Die Frage nach den Kosten wird aufs Tapet kommen. Dann wird es darum gehen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass eine starke Pflege eine lohnenswerte Investition ist, von der gerade sie profitieren wird – in Form einer kosteneffizienten, menschenwürdigen und hochstehenden pflegerischen Versorgung.



# Polit-Jahr 2019

Im Herbst 2019 finden nationale Wahlen statt. Zudem befindet sich die Pflegeinitiative in der heissen parlamentarischen Phase. Die Rubrik «unter der Kuppel» beleuchtet deshalb in jeder Ausgabe ein für die Pflege relevantes politisches Thema.

## Indirekter Gegenvorschlag – Mustervernehmlassungsantwort verfügbar

Die nationalrätliche Gesundheitskommission hat ihren Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative Mitte Mai in die Vernehmlassung geschickt. Der SBK hat für seine Gliedverbände und Partner eine Musterstellungnahme erarbeitet. Sie steht auf der Webseite zur Verfügung. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 14. August.

Aktuelle Informationen immer auch auf [www.sbk-asi.ch](http://www.sbk-asi.ch)

## Sind Sie Mitglied und kandidieren für den Nationalrat?

SBK-Mitglieder, die für die Wahlen im Herbst kandidieren, erhalten die Möglichkeit, sich in der Krankenpflege vorzustellen. Melden Sie sich! Genauere Informationen finden Sie im SBK-Info auf S. 93.